

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Stadtreinigung
Bearbeitet von: Herrn Schmidt / Herrn Diehl

Siegen, 28.03.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	18.04.2023
Haupt- und Finanzausschuss	26.04.2023
Rat	10.05.2023

Kurzbezeichnung:

Prüfung von Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Kreislaufwirtschaft

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Teilnahme an der Untersuchung und Konkretisierung einer interkommunalen Zusammenarbeit in der Kreislaufwirtschaft möglichst gemeinsam mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden unter Federführung des Kreises Siegen-Wittgenstein unter der Bedingung, dass die gut funktionierende Restabfall-, Bioabfall- und Sperrmüllentsorgung innerhalb des Stadtgebietes Siegen weiterhin durch die Stadtreinigung Siegen durchgeführt wird und diese Fraktionen bei der Untersuchung komplett außen vor bleiben, auch damit etwaige Nachteile für die Gebührenzahler hier ganz ausgeschlossen sind.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage:

Im Arbeitskreis Abfallwirtschaft des Kreises Siegen-Wittgenstein wurde zuletzt schwerpunktmäßig über die künftige Ausrichtung der Kreislaufwirtschaft im Kreisgebiet gesprochen. Der Arbeitskreis, dem alle kreisangehörigen Kommunen angehören, war beauftragt, über alternative Organisationsstrukturen für die Einsammlung und Entsorgung von Abfällen nachzudenken und hier Vor- bzw. Nachteile zu bewerten. In seiner letzten Sitzung am 01.03.2023 hat er sich dafür ausgesprochen, unter Hinzuziehung von externen

Beratern mögliche Modelle für neue Organisations- und Entsorgungsstrukturen untersuchen zu lassen. Dabei sind folgende grundsätzliche Gesichtspunkte zu bedenken:

Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz wird der Zweck verfolgt, die Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt bei der Bewirtschaftung von Abfällen zu gewährleisten. In NRW sieht das LKrWG eine zweistufige Aufgabenverteilung vor. Die kreisangehörigen Kommunen sammeln die in ihrem Gebiet anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle ein und befördern sie zu den Abfallentsorgungsanlagen. Die Kreise wiederum haben die eigentliche Entsorgungsaufgabe. Sie verwerten bzw. beseitigen die eingesammelten Abfälle.

Daraus folgt, dass die Städte und Gemeinden in ihrem Gebiet für die Organisation der Abfallsammlung zuständig sind, dabei aber die vom Kreis in seiner Abfallentsorgungssatzung festgesetzten Grundlagen berücksichtigen müssen. Das führt dazu, dass es in den Städten und Gemeinden des Kreises Siegen-Wittgenstein unterschiedliche Sammelsysteme, Behältersysteme und Abfuhrhythmen gibt. Diese Systeme führen zu erhöhten Entsorgungskosten und -gebühren, weil die von den Kommunen beauftragten Entsorgungsunternehmen ihre Fahrzeuge und Ladetechniken auf die unterschiedlichen Vorgaben der Kommunen ausrichten müssen. Die einzelnen Gemeindegrenzen stellen auch die Grenzen der Fahrtroutenplanung dar und schränken Optimierungspotentiale ein. Ggf. nicht vollständig beladene Fahrzeuge der Entsorgungsunternehmen müssen die Einsammlung an den Gemeindegrenzen beenden und den Weg zur Übergabestelle antreten.

Eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Strukturen und Systeme könnte Optimierungspotentiale beinhalten. Jede Stadt und Gemeinde hat auf der Grundlage des Vergaberechts Entsorgungsverträge abzuschließen. Die rechtssichere Vergabe bindet umfängliche Ressourcen, die insbesondere von kleineren Kommunen mit begrenzter Verwaltungskraft nur schwer bereitgestellt werden können. Der Aufwand dafür fällt beim Kreis und je Stadt/Gemeinde jeweils mehrfach an. Gleiches gilt für die Verhandlungen mit den Dualen System zu den Abstimmungsvereinbarungen und den damit verbundenen Regelungen zur Sammlung von Verpackungsabfällen, Papier, Pappe, Kartonagen und Glas.

Eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung könnte mit Vorteilen verbunden sein, die der Kreis in der Vereinheitlichung der Sammelsysteme und Erweiterung des Sammelgebietes über die bisherigen Gemeindegrenzen hinweg prüfen lassen möchte.

- Mit einem einheitlichen Basissammelsystem könnte eine ganzheitliche Lösung gefunden werden. Die Routenplanung könnte prozessorientiert und unabhängig von den bisherigen (Einzel-) Systemen und Gemeindegrenzen erfolgen.
- Die Vergabe der Einsammelungsleistungen könnte zentralisiert werden und die einzelnen Kommunen entlasten.

Die Möglichkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung sollen nunmehr unter Hinzuziehung externer Berater geprüft werden, um konkrete Empfehlungen für die Gremien der Kommunen zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu klären:

- Harmonisierung der Sammelsysteme durch Verständigung auf ein einheitliches Basissammelsystem für möglichst alle Abfallfraktionen.
Dabei ist auch zu untersuchen, inwieweit etablierte und bewährte Insellösungen in einzelnen Kommunen fortgeführt werden können.
- Mögliche zeitliche Gliederung einer Zusammenführung unter Berücksichtigung der individuellen Vertragslaufzeiten in den Kommunen.
- Abgrenzung von zentral wahrzunehmenden Aufgaben zu solchen, die weiterhin bei den einzelnen Kommunen verbleiben sollen.
- Vergleich der sich anbietenden Rechtsformen, insbesondere unter Berücksichtigung steuerrechtlicher Fragestellungen (z.B. eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts, Bildung eines Zweckverbandes, Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens).
- Ausgestaltung der inneren Organisation eines Aufgabenträgers und Mitwirkung/ Vertretung der Mitgliedskommunen.
- Finanzierungs- und Umlagesystem unter Berücksichtigung des Gebührenrechts.

Nach Abstimmung in der Bürgermeisterkonferenz soll dieses Projekt durchgeführt und die Aufträge für die externe Beratung vergeben werden. Der Arbeitskreis Abfallwirtschaft soll über den gesamten Zeitraum eng eingebunden werden. Es ist geplant, dass das Projekt im Jahr 2023 durchgeführt und auch abgeschlossen wird.

Beteiligung der Stadt Siegen:

Insbesondere bei der Restabfall-, Bioabfall- und Sperrmüllentsorgung sieht die Stadtreinigung keine Notwendigkeit, die vorhandene und gut funktionierende Entsorgungsstruktur zu verändern und spricht sich daher ausdrücklich gegen eine Teilnahme für diese Abfallfraktionen aus.

Neben 37 Arbeitsplätzen hält die Stadt Siegen für den Bereich der Abfallentsorgung auch Anlagevermögen von annähernd 10 Mio. € in Form von Fahrzeugen und Gebäuden vor. Für eine dauerhafte und umweltschonende Abfallentsorgung im Stadtgebiet werden voraussichtlich im April 2 mit Bundesmitteln geförderte wasserstoffbetriebene Müllsammelfahrzeuge im Gesamtwert von rd. 2,1 Mio. € geliefert.

Im Vergleich zu privaten Entsorgungsunternehmen stehen in Siegen bei im Vergleich zu anderen Kommunen niedrigen Abfallgebühren sowohl ausreichendes Ersatzpersonal als auch Ersatzfahrzeuge zur Verfügung, auf die bei Ausfällen innerhalb kürzester Zeit zurückgegriffen werden kann. Dadurch kommt es bei der Restabfall-, Bioabfall- und Sperrmüllentsorgung so gut wie nie zu Verzögerungen oder Beschwerden.

Bei externen Anbietern wäre eine zeitnahe Reaktion auf mögliche Probleme hier künftig nicht mehr gegeben. Auch könnte die Abteilung Ordnung und Stadtreinigung nicht mehr - wie bisher - mit eigenen Arbeitsmitteln auf Wilde Müllkippen im Stadtgebiet reagieren und diese zeitnah entfernen. Das wäre dann nur noch über einen Auftrag bei einem externen Dienstleister möglich, auf dessen Arbeitsabläufe und Priorsisierungen kein unmittelbarer Einfluss bestehen würde.

Das dies kein Erfolgsmodell ist, zeigen die regelmäßig bei der Stadtreinigung eingehenden telefonischen und schriftlichen Bürgerbeschwerden. Sie beziehen sich fast ausschließlich auf die Abfallfraktionen, die fremdvergeben sind.

Auch wäre nicht auszuschließen, dass die gegenwärtig im kommunalen Vergleich sehr niedrigen Abfallgebühren perspektivisch eine nicht prognostizierbare Erhöhung erfahren, wenn die schwarze und braune Tonnen fremdvergeben werden würden.

Grundsätzlich wird bei den übrigen Abfallfraktionen, z.B. bei der Altpapierentsorgung, der Schadstoffsammlung oder auch bei der Entsorgung von Elektroaltgeräten, eine mögliche kreisweite einheitliche Ausschreibung und Vergabe von Entsorgungsleistungen als vorteilhaft angesehen. Ebenso könnten z.B. bei den Verhandlungen mit den Dualen Systemen zum Abschluss von Abstimmungsvereinbarungen Synergieeffekte erzielt werden.

Finanzierung:

Die für das Projekt entstehenden Aufwendungen können wahrscheinlich teilweise nach der „Richtlinie über die Förderung der Einrichtung neuer interkommunaler Kooperationen in Nordrhein-Westfalen“ (Förderrichtlinie IKZ NRW) bezuschusst werden. Gegenstand der Richtlinie ist die Anbahnung, Vorbereitung und Einrichtung von neuen Kooperationen interkommunaler Zusammenarbeit, zu denen sich nordrhein-westfälische Gemeinden und/oder Gemeindeverbände freiwillig zusammenschließen (Kooperationsprojekte).

Eine Fördervoraussetzung ist, dass die Entscheidungsgremien aller beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände Beschlüsse gefasst und damit ihr grundsätzliches Interesse und ihre Bereitschaft bekundet haben, die angestrebte Zusammenarbeit eingehen zu wollen.

Für jedes förderfähige Kooperationsprojekt mit zwei Beteiligten wird eine Zuwendung in Höhe von bis zu 150.000 € gewährt. Der Zuwendungsbetrag wird für jeden weiteren Beteiligten um jeweils 30.000 € erhöht. Die Zuwendung erfolgt in Abhängigkeit von den tatsächlichen zuwendungsfähigen Ausgaben i.H.v. 90%. Sollten sich alle elf kreisangehörigen Städte und Gemeinden an dem Projekt beteiligen, wird davon ausgegangen, dass zuwendungsfähige Aufwendungen in einer Höhe von bis zu 300.000 € entstehen. Zu diesen Gesamtaufwendungen würde folglich eine Zuwendung des Landes in Höhe von bis zu 270.000 € (90%) zu erwarten sein. Der über den Kreishaushalt zu finanzierende Eigenanteil würde dann bis zu 30.000 € (10%) betragen.

Zu beachten ist, dass die Förderung vom Land ganz oder teilweise zurückgefordert werden kann, wenn die angestrebte interkommunale Zusammenarbeit nicht realisiert wird, obwohl

die Projektergebnisse für eine Umsetzung sprechen. Das bedeutet, dass die Stadt Siegen hier vorab eine Zusage erteilen muss, dass sie ein „positives Projektergebnis“ umsetzen wird.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Abhängig vom Ergebnis der geplanten Untersuchung: Schaffung möglicher Synergieeffekte und Optimierungspotenziale durch IKZ im Bereich der Abfallwirtschaft.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Prüfung der im Vorlagentext genannten Fragestellungen durch eine geplante Untersuchung.			

In Vertretung

gez.

Arne Fries
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.